

Auer Tageblatt

Druckpreis: Durch unsere Boten
frei ins Haus monatlich 2.50 Mark;
bei der Geschäftsstelle abgeholt: monatlich 2.00 Mark; bei der Post monatlich 2.50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abdruckpreis: Die Abdruckpreise sind in der Geschäftsstelle oder beim Raum für Anzeigen aus den Anzeigen des Tagesblattes 1. - 10. Mark, ausserdem 11. - 20. Mark, 21. - 30. Mark, 31. - 40. Mark, 41. - 50. Mark, 51. - 60. Mark, 61. - 70. Mark, 71. - 80. Mark, 81. - 90. Mark, 91. - 100. Mark.

Sprech-Anschluss Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 249

Montag, den 24. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Das Kabinett Dr. Wirth ist am Sonnabend zurückgetreten, es wird aber die Geschäfte vorläufig weiterführen.

Der Botschafterrat hat laut einer Mitteilungsangabe eine neue Sitzung in der oberschlesischen Frage auf Freitag anberaumt. In dieser Sitzung soll über die Aufnahme der Entscheidung in Berlin und Warschau Bericht erstattet werden.

Die Konferenz der Ernährungsminister, die vom 27. bis 29. Oktober in Oldenburg stattfindet, wird sich in der Hauptsache mit der Kartoffelfrage beschäftigen.

Um 1/2 3 Uhr gestern nachmittag ist der deutsch-österreichische Regierung amtlich gemeldet worden, daß der Reichsverwesler Horthy gekürzt worden ist, und daß seine Truppen sich dem tschechischen Lager anschließen haben, womit der Putz Karls von Habsburg vorläufig gesichert ist.

Rücktritt der Reichsregierung.

Das Kabinett Dr. Wirth ist am Sonnabend um 6 Uhr nachmittag zurückgetreten. Um 3 Uhr nachmittag war der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages zusammengetreten, der die Entscheidung, ob das Kabinett zurücktreten sollte, diesem selbst überließ. Um 5 Uhr trat dann das Kabinett zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnis der Rücktrittsbeschluss war.

W. Was zu erwarten war, ist dem Augenblick in dem König George seinerzeit in Paris auf die Frage Briand: Wollten Sie zwischen dem Kabinett Briand und dem Kabinett Wirth die Antwort erteilen: Dann würde ich selbstverständlich für Ihre Regierung, ist damit eingeleitet. Der erschreckende Eindruck des Zusammentreffens der Genfer Beschlüsse, der selbst die schärfsten Erwartungen weit überschritt, hat in Deutschland die Regierung zu Fall gebracht, die in der Welt den Ehrennamen des Kabinetts der Erfüllung trug. Diese Regierung war unter tausend Schwierigkeiten die überzeugteste Trägerin einer Politik der lokalen Durchführung ungeheurerlicher Verpflichtungen gewesen. Selbst im fernöstlichen Ausland hat man mehr als einmal anerkannt, daß die Regierung Wirth die erste in Deutschland sei, der man Vertrauen entgegenbringen, und wiederholt hat man nicht nur in London, sondern auch in Paris erklärt, daß man auf eine möglichst lange Lebensdauer der Kanzlerschaft Dr. Wirths das größte Gewicht lege. Diese günstige Stimmung ging sogar soweit, daß der französische Ministerpräsident gegenüber seiner nationalistischen Kammer seine Politik ausdrücklich mit dem Hinweis begründete, daß man die gegenwärtige Regierung in Deutschland nach Verändern unterstützen müsse, weil sonst ein gefährliches Anwachsen der Reaktion und der Monarchisten zu befürchten sei. Entsprechend dieser Haltung der Gegner hat die Regierung Wirth bei jeder Gelegenheit betont, daß auch sie das ihr entgegengebrachte Vertrauen zu würdigen wisse und demgemäß zu handeln suche. Sie durfte dabei erwarten, daß auch unsere früheren Feinde es an sich nicht fehlen lassen würden, und sie hat erleben müssen, daß sie in dieser Erwartung schwer enttäuscht wurde. Wenn die Deutsche Volkspartei am Freitag nachmittag in ihrer Reichstagsfraktion einen Beschluss fasste, in dem sie erklärte, daß sie die Zustimmung zu der Annahme der Genfer Beschlüsse durch irgendeine deutsche Regierung ablehne, so wird das mit geringen Unterschieden die Überzeugung aller politischen Parteien bei uns sein. In der Tat kann von einer bedingungslosen erneuten Unterschrift nicht die Rede sein, vielmehr steht es heute unbedingt fest, daß die Politik des Reiches so wie bisher unter keinen Umständen fortgeführt werden kann. Die Regierung Wirth, das Kabinett der Erfüllung, ist durch die Zustimmung Englands zu der Genfer Entscheidung gestürzt worden, und man wird in der ganzen Welt dieses Ereignis in seiner grundsätzlichen Bedeutung und in seinem ganzen Umfang zu würdigen haben. Ohne die freiwillige Mitarbeit Deutschlands am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist an diesen nicht zu denken, das ist allmählich gelingendes Gemeingut aller Einsichtigen in allen Ländern geworden. Die Politik verbindeter Gewalt hat in dem Sturz der bisherigen deutschen Regierung nunmehr sich selber abgefürdet. Würde man endlich einsehen, daß Umkehr höchst notwendig ist.

Die Begründung für den Rücktritt des Reichskabinetts.

Schreiben Dr. Wirths an den Reichspräsidenten.
Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten Sonnabend abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgendem Schreiben überreicht:

Herr Reichspräsident! In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatum zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, die getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln, und durch den ersten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen, bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit, zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten, überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Wardebtrag von einer Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf die deutschen Anstrengungen und auf das ernste Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Befehle der Alliierten restlos ausgeführt und hinsichtlich Oberösterreichs eine Lösung gefunden wurde, die dem Rechtsbewusstsein des deutschen Volkes und der Oberösterreicher, sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entsprach.

Statt dessen ist ein Diktat erlosat, durch das nicht nur weite Flächen des oberschlesischen Landes, sondern auch blühende Städte, der weitaus überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Bergarbeiterschaft der deutschen Arbeit entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll, entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung, unter fremde Herrschaft fallen. Niemand wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es mehrlos hinnehmen muß, verschmerzen. Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch völlig klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das oberösterreichische Diktat sich erheblich verringert haben und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist. In Würdigung dieser Tatsache hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Durchführung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hand, Herr Präsident, zurückzugeben. In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzuteilen.

gez. Reichskanzler Dr. Wirth.

In die Uebereinkunft der Demission schloß sich eine lange Aussprache über die politische Lage an, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Annehmen oder ablehnen?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Entscheidung des Obersten Rates über Oberösterreich ist von sämtlichen Reichstagsfraktionen eingehend nach allen Seiten hin geprüft worden. Man darf feststellen, daß diese Prüfung überall das gleiche Ergebnis gehabt hat, bei den Deutschnationalen ebenso wie bei den Mittelparteien und bei den Sozialisten. Dieses Ergebnis lautet, daß rechtlich die neuen Abtretungen der Entente einen Bruch des Versailler Friedensvertrages bedeuten, der zwar das Recht der politischen Grenzziehung, also gegebenenfalls auch der Teilung des Industriegebietes in Oberösterreich vorsteht, aber von einem Wirtschaftsdiktat nichts weiß. Die Grenze sollte gezogen werden auf Grund der Volksabstimmung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Verhältnisse. Sie ist in Wirklichkeit gezogen worden ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, und dieses Manko soll dadurch verdeckt werden, daß man Deutschland und Polen zu wirtschaftlichen Vereinbarungen zusammenzwingen will, die dann die Rechtfertigung des Unrechtes der neuen Grenze bedeuten würden. Also vom rechtlichen Standpunkt aus hätte Deutschland alle Ursachen, die Entscheidung der Ententegegner über Oberösterreich abzulehnen. Und wenn es einen unabhängigen gerechten Weltgerichtshof gäbe, bei dem Deutschland klagen könnte, so würde zweifellos das ihm aufs neue zugelegte schändliche Unrecht als solches anerkannt werden. Aber ein solches Weltgericht gibt es nicht, und die Mächte der Erde haben sich gegen Deutschland vereinigt in der Vergewaltigung des entworfenen Volkes. Da außerdem im Begleitbrief Briands nicht mitsprachende Drohungen für den Fall der Ablehnung enthalten sind, kann Deutschland in seiner gegenwärtigen Machtlosigkeit an kein zorniges Nein denken, wie es den ersten Gefühlsausbrüchen jedes Deutschen entsprechen würde. Ebensovienig wie Deutschland ein plattes rundes Nein antworten kann, ebensovienig kann es aber ein volles Ja sagen. Es hiesse Uebermenschliches verlangen, wollte man vom deutschen Volke begehrende Zustimmung dazu fordern, daß blühende deutsche Städte und Dörfer unter polnische Fremdherrschaft kommen und ausgedehnte Naturräume, auf denen Deutschlands Wiederaufbau beruht, an ein Volk ausgeliefert werden sollen, dem alle Eigenschaften einer nützlichen Ausbeutung derselben fehlt. Über allem Unselbst nach wird von uns auch gar kein Ja oder Nein verlangt. Wir sollen uns lediglich bereit erklären, deutsche Beauftragte zu wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen über das Industriegebiet zu entsenden. Ob wir dieses im oder vertweigern wollen, das ist die erste Entscheidung, vor die wir gestellt werden.

Nun blühte man auch hier wieder erwidern, ob es wirklich Zweck habe, sich mit einem Vertragsgegner an einen Tisch zu setzen, von dem man im vornherein weiß, daß er tatsächlich getroffenen Vereinbarungen dauernd die allergrößten Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Man könnte auch der Befürchtung Ausdruck geben, daß der Beginn der Verhandlungen schon der Anfang von Unterverfugung unter das Wirtschaftsdiktat bedeute. Allein bei nächster Betrachtung müssen diese Bedenken zurücktreten. Würden wir die Verhandlungen grundsätzlicherweise ablehnen, so träten jene Drohungen automatisch in Kraft, die der Briandische Begleitbrief andeutet. Würde Deutschland sich zu Verhandlungen weigern, so wären den Franzosen der Vorwand gegeben, zu erklären, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Oberösterreichs bei der Grenzziehung unbedingt berücksichtigt werden müssen, und daß deshalb nunmehr das ganze Industriegebiet ungeteilt an Polen zu fallen haben. Diese Gefahr ist jedenfalls größer als der Eintritt in Verhandlungen. Das wird in sämtlichen Parteien eingesehen und deshalb denken selbst die Deutschnationalen nicht an eine Ablehnung von Verhandlungen. Aber gleichzeitig mit der Erklärung der Verhandlungsbereitschaft muß von der Regierung feierlicher und nachdrücklicher Protest gegen die Grenzziehung als gegen einen Rechtsbruch und eine Vergewaltigung ausgesprochen werden. Das ist Deutschland sich selbst, seiner Zukunft und dem Rechtsbegriff in der Welt schuldig. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob mit der Annahme des Verhandlungsbereitschaftes gleichzeitig die schändliche neue Grenze angenommen würde. Die richtige Formel hierfür zu finden wird die Aufgabe der neuen Regierung sein, die die Verantwortung für die weitere Politik des Reiches übernimmt. Und die Parteien, die hinter dieser neuen Regierung stehen, und die Mitverantwortung tragen werden, haben in erster Linie dafür zu sorgen, daß die entscheidende Antwort auf die Entente-Erklärung über Oberösterreich vor der Geschichte und vor unseren Kindern und Enkeln bestehen kann.

Exkaiser Karls zweiter Putz.

H. Karl von Habsburg hat einen neuen Handreich gewagt, der deutlich beweist, wie falsch es gewesen ist, daß man seinem ersten Abenteuer lediglich eine operettenhafte Bedeutung zumah. Diesmal ist der Habsburger im Flugzeug nach dem Burgenland gekommen und hat hier die dort eingedrungenen Banden auf seinen Namen veredigt, um eventuell mit ihnen den Vormarsch anzutreten. Man weiß freilich noch nicht, wohin. In Wien fürchtete man eine Ueberrumpelung, und in Budapest wird man sie in gewissen mächtigen Kreisen erhoffen. Es kann ja kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Exkaiser lediglich das Werkzeug in der Hand abenteuerlicher Politiker ist. Das ungarische Kabinett ist infolge dessen auch zurückgetreten und es soll eine Regierung mit Rakocskij und Andrássy gebildet worden sein. Trifft diese Nachricht zu, dann steht selber zu befürchten, daß der Putz diesmal etwas forsamer vorbereitet worden ist als das erste Mal. Es fehlen zwar noch alle Nachrichten darüber, wie sich der Reichsverwesler Horthy zu dem neuen Putz stellt. Bekanntlich war es dieser Monarch-Beibehalter, der beim Osterreichsflug Karls sehr unzufrieden über den Ge-